

Die Rückkopplungseffekte

Oder wie sich positive Impulse vorteilhaft auf die politisch-diplomatische Ebene auswirken können

Kambodscha zeigt, dass Menschenrechts- und Demokratiepoltik im Rahmen der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik der EU möglich ist. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund ihres nur eingeschränkten außenpolitischen Handlungsspielraums.

Raimund Weiß

Die Aufnahme bilateraler Handelsbeziehungen zwischen der EU und Kambodscha liegt noch nicht lange zurück. Erst am 27. April 1997 wurde ein Kooperationsabkommen, das so genannte »EU-Kambodscha-Rahmenabkommen« unterzeichnet, das im November 1999 in Kraft trat. Dieses Abkommen beinhaltet neben der wirtschaftlichen Kooperation auch die grundlegenden Demokratie- und Menschenrechtsstandards, welche als Grundbedingungen für eine Kooperation mit der EU festgelegt wurden. Davon wird noch zu sprechen sein. Noch vor Inkrafttreten dieses politisch wichtigsten Abkommens in den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Kambodscha erfolgte im Juli 1999 die Unterzeichnung eines Textilhandelsabkommens. Im Jahr 2000 folgte Kambodschas Assoziierung zum EU-ASEAN-Kooperationsabkommen. Der ASEAN gehört Kambodscha seit 1999 an.

Auch soll Kambodscha von dem von der EU initiierten Programm »Alles außer Waffen« (»Everything but arms« – EBA) für die ärmsten 48 Staaten der Erde profitieren. Nach diesem im Februar 2001 unterzeichneten Handelsabkommen können diese Länder alle Waren – mit Ausnahme von Waffen – zoll- und quotenfrei in die EU einführen. Für Reis, Zucker und Bananen gelten allerdings Übergangsbestimmungen. Bananen können erst seit 2006 und Zucker und Reis erst ab 2009 zollfrei in die EU eingeführt werden. Die Zollschränken werden jedoch stufenweise aufgehoben. So sind bereits im Jahr 2008 80 Prozent der Reis- und Zuckerausporte aus diesen Ländern zollfrei. Ab Mitte 2009 fallen die Zollschränke zur Gänze. Für die bilateralen Handelsbeziehungen wurde dann auch 2002 in der kambodschanischen Hauptstadt eine Vertretung, die »Delegation der Europäischen

Kommission in Kambodscha«, eingerichtet, welche den Ausbau und die Vertiefung der bilateralen Handelsbeziehungen mit Kambodscha vorantreiben soll.

EU – zweitwichtigster Handelspartner

Die EU hat sich infolge dessen zwischen 1999 und 2006 zum zweitwichtigsten Handelspartner Kambodschas entwickelt. Allerdings ist derzeit nur die kambodschanische Textilindustrie bedeutendstes Zugpferd des bilateralen Handels. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die EU im Textilhandelsabkommen von 1999 Kambodscha die Meistbegünstigung gewährt hat, welche neben einem ähnlichen Handelsabkommen mit den USA zu einer rapiden Entwicklung dieses Industriesektors führte. Insgesamt wurden in diesem Sektor zwischen 1999 und 2006 über 200 Fabriken eröffnet und mehr als 200.000 Arbeitsplätze geschaffen. Eine Diversifizierung der Exportstruktur Kambodschas im Rahmen des Alles-außer-Waffen-Programms, wie von der EU und Kambodscha beabsichtigt, lässt sich dagegen bis heute noch nicht absehen. Zucker und Reis könnten sich im Rahmen dieses Handelsabkommens jedoch nach Wegfall aller Zollgrenzen zu einem wichtigen Exportsektor entwickeln. Immerhin war Kambodscha bis zum Vietnamkrieg bekannt für seine landwirtschaftlichen Exporte und verzeichnet seit dem Jahr 2000 auch hier wieder Wachstumsraten. Derzeit gilt dies allerdings vorwiegend für die Fischerei, die arbeitsintensive Kautschukindustrie und die Forstwirtschaft, welche in den Handelsbeziehungen mit der EU bisher eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

EU – wichtiger Entwicklungsimpuls

Während sich auf außenwirtschaftlicher Ebene die bilateralen Beziehungen in den vergangenen Jahren rasant entwickelt haben, lässt sich dies auch für die

Der Autor ist Politologe und internationaler Wahlbeobachter, Kontakt: Weissmr@yahoo.com.

EU-Entwicklungspolitik behaupten. Zu deren Kernthemen zählen die Durchsetzung von Demokratie- und Menschenrechtsstandards, die auch Grundlage des Kooperationsabkommens der EU mit Kambodscha sind. Die EU hat hier besonders zur Finanzierung und Beobachtung demokratischer Wahlen in den Jahren 1998, 2002 und 2003 beigetragen, ebenso zur Förderung von lokalen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) in den verschiedenen Bereichen des Menschenrechtsschutzes. Insbesondere unterstützte sie Frauenorganisationen, Bildungsprogramme und die Förderung von lokalen Wahlbeobachterorganisationen und Zivilorganisationen, die sich um eine Eindämmung der Gewalt und eine soziale Stabilisierung des Landes bemühen. Insgesamt betrug das Hilfsvolumen der EU zwischen den Jahren 1992 und 2001 300 Millionen Euro. Die Förderpolitik trug maßgeblich zur Stabilisierung und zu ersten demokratie- und menschenrechtspolitischen Fortschritten in Kambodscha bei – wenn auch zögerlich und mit Rückschlägen. Begonnen wurde mit der Mitfinanzierung der zweiten demokratischen Parlamentswahl im Jahr 1998, gefolgt von den ersten Kommunalwahlen 2002 und den Parlamentswahlen 2003. Daneben wurden Demobilisierungsprojekte durchgeführt und unterstützt. Während sichtliche Fortschritte zu demokratischeren Wahlen erreicht werden konnten, gehören heute auch unzählige NGOs zum festen Bestandteil eines sich im Aufbau befindenden, schwer traumatisierten und über lange Jahre zerstörten Landes. Auch hat die Gewalt im Land seit 1998 sichtlich abgenommen, wurde eine Oppositionspartei im kambodschanischen Parlament anerkannt, führten die Kommunalwahlen zu ersten Dezentralisierungsversuchen des Staats- und Verwaltungsapparats und festigten die Parlamentswahlen 2003, wenn auch mit einer einjährigen Regierungskrise, die brüchigen Beziehungen zwischen den ehemaligen Bürgerkriegskontrahenten. Angesichts der Tatsache, dass Kambodscha sicherlich im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten der ASEAN keine herausragende wirtschaftliche Bedeutung für die EU hat, kann der Europäischen Union hier ein beachtlicher Beitrag zur Stabilisierung des Landes zugesprochen werden, zudem auch sichtbare demokratiepolitische Fortschritte erzielt wurden.

Positive Bilanz mit Schwächen

Ungeachtet dieser positiven Bilanz der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Kambodscha zeigt eine Demokratie- und Menschenrechtspolitik im Rahmen der Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik jedoch auch Schwächen. Zum einen sind diese im nur begrenzten Finanzrahmen der EU und in der fehlenden Kohärenz einer gemeinsamen Außenpolitik in diesem Bereich begründet, aber auch in hand-

festen Wirtschaftsinteressen, welchen vor Menschenrechts- und Demokratieschutz Priorität eingeräumt wird. Kernpunkte der Kritik können hier die fehlenden Arbeitsrechtsstandards in dem Textilabkommen ebenso sein wie der fehlende politische Wille der EU, mehr politischen Druck auf Kambodschas Regierung zur Einrichtung des Tribunals zur Ahndung der Verbrechen der Roten Khmer auszuüben. Problematisch bleibt auch, dass es bisher der EU nicht gelungen ist, Rückschlägen in Demokratieentwicklung und Menschenrechtsschutz in Kambodscha ernsthaft entgegenzuwirken. Zu denen zählen bis heute besonders die nur relative Medienfreiheit des Landes, vor allem im elektronischen Mediensektor, die noch unzureichende Institutionalisierung einer parlamentarischen Opposition und eines glaubwürdigen Parlamentarismus, ebenso wie die noch teilweise prekäre Menschenrechtssituation, insbesondere im Bereich Schutz von Frauen- und Kinderrechten. Trotz dieser Schwächen ist in Anbetracht des noch kurzen Zeitraums der bilateralen Beziehungen und der traumatischen Geschichte Kambodschas jedoch zu bedenken, dass doch recht beachtliche Fortschritte über vordergründig außenwirtschaftliche Beziehungen der EU erreicht wurden. Sie sind nicht zuletzt auch ein Positivbeispiel dafür, dass Bürgerkriegsländer über diese stabilisiert werden können. Eine solche Demokratie- und Menschenrechtspolitik ermöglicht wichtige politische Weichenstellungen, die sich wiederum positiv auf die bilateralen Handelsbeziehungen auswirken und zu positiven Rückkopplungseffekten auf politisch-diplomatischer Ebene führen. Die sich noch in Kinderschuhen befindenden, aber dafür auf weichen Instrumenten beruhenden außenpolitischen Weichenstellungen einer möglichen zukünftigen gemeinsamen EU-Außenpolitik sollten daher auch auf keinen Fall mehr von der EU aus der Hand gegeben werden.



EU-Politik in Kambodscha:
Hoffnung für die Zukunft? Foto: Hi-Khan Truong